

Sascha Liebermann

## Wissenschaftliche Analyse, öffentlich-argumentativer Streit und ideologische Verortung – was taugen und wozu dienen Klassifizierungen?<sup>1</sup>

1. (Wissenschaftliche) Begriffe sollen dazu dienen, Zusammenhänge der Wirklichkeit und Denkmuster zu ordnen, sie sollen helfen, diese „auf den Begriff“ zu bringen. Die Attribute „sozial, liberal, neoliberal“ vermögen das nicht, da sie analytisch nicht trennscharf sind.
2. Schlagworte können dazu beitragen – auch mittels polemischer Zuspitzung – Positionen prägnant kenntlich zu machen. Sie dienen dazu, politische Programmatiken voneinander abzugrenzen und praktische Lösungsvorschläge als Alternativen sichtbar zu machen. Auch dies vermögen die Attribute „sozial, liberal, neoliberal“ nicht.
3. Weil diese Attribute weder analytisch trennscharf noch prägnant sind, fördern sie die Vernebelung der wissenschaftlichen wie der öffentlichen Diskussion um ein bedingungsloses Grundeinkommen. Statt den argumentativen öffentlichen Streit um politische Auswege, statt die öffentliche Meinungsbildung zu unterstützen, werden sie zur ideologischen Verortung des Gegners eingesetzt.
4. Die Verschleierung und Vernebelung der Sachhalte kontroverser Positionen unterläuft den Zweck der öffentlichen Debatte: der Meinungsbildung zu dienen und zur Meinungsbildung der Bürger beizutragen, um damit das Gemeinwesen zu stärken.
5. Was als „neoliberal“ gelten kann, ist äußerst heterogen. Das Schlagwort vereint Positionen, die von derjenigen, die dem Staat ausdrücklich Ordnungsaufgaben zuschreibt, (z.B. Ordoliberalen) zu solchen reicht, die ihm ein Interventionsrecht nur angesichts wettbewerbsgefährdender Entwicklungen zugestehen (z.B. Milton Friedman).
6. „Liberal“ kann heißen marktliberal, dann entspricht es der Position, die heute auch als „neoliberal“ bezeichnet wird. Liberal kann aber auch heißen politisch liberal, dann steht es für die republikanische Tradition, der es um den Schutz und die Förderung der Selbstbestimmung der Bürger im Sinne des Gemeinwohls geht. Beide „Liberalismen“ sind denkbar verschieden, für den einen gilt der Marktteilnehmer, für den anderen der Bürger, der citizen, als Fundament des Gemeinwesens.
7. „Sozial“ kann heißen, dass der Staat Aufgaben wahrzunehmen hat, um die Möglichkeiten der Individuierung seiner Bürger zu stärken, um ihre Integrität zu schützen und ihnen Entfaltungsmöglichkeiten zu verschaffen. „Sozial“ kann genauso heißen, dem Einzelnen bestimmte Lebensziele im Namen eines vermeintlich höheren Zwecks verpflichtend aufzuerlegen, sei es Erwerbsarbeit, sei es Bildung: „Sozial ist, was Arbeit schafft“ und neuerdings vom DGB zu hören „Sozial ist, was ‚gute Arbeit‘ schafft“ sind das Gegenteil von „Sozial ist, was Freiheit schafft“.

---

<sup>1</sup> Thesen zum „Workshop 1“, *Grundeinkommen - sozial, liberal, neoliberal oder was?*, geleitet von Ronald Blaschke, anlässlich des 3. Grundeinkommenskongresses vom 24.-26. Oktober 2008 an der Humboldt-Universität zu Berlin.

8. Für „neoliberal“ wird es gehalten, die Bürger zur Erwerbsarbeit zu aktivieren; für „sozial“ hingegen, Arbeitsstunden umzuverteilen. Beide Vorschläge hingegen haben nur ein Ziel: möglichst alle in Erwerbsarbeit zu drängen – beides ist gegen die Selbstbestimmung der Bürger als Bürger und verherrlicht Erwerbsarbeit.
9. Als „sozial“ gilt es, Mindestlöhne auch nach Einführung eines BGE zu definieren, damit ein Lohnwettbewerb nach unten verhindert wird. Als „neoliberal“ gilt es, auf Mindestlöhne zu verzichten, selbst wenn das BGE ausreichend hoch ist, um von ihm leben und auf dieser Basis verhandeln zu können. Wenn Mindestlöhne aber zum Schutz der Bürger vor Einkommensengpässen nicht notwendig sind, dann nehmen sie den Bürgern Verantwortung aus der Hand und sind paternalistisch.
10. Die Abschaffung von verpflichtender Renten- und Arbeitslosenversicherung bei Einführung eines BGE wird als „neoliberal“ bezeichnet, da staatliche Aufgaben auf ein Mindestmaß reduziert würden. Die Beibehaltung hingegen wird als „sozial“ bezeichnet, obwohl sie die Gleichheit der Bürger unterläuft und Lebensstandardunterschiede befestigt, wie es heutige Sozialversicherungen tun. Dabei wäre es geboten, zwischen Einkommens- und Lebensstandardsicherung zu unterscheiden, erstere als Aufgabe des Gemeinwesens, letztere als die jedes Einzelnen zu betrachten.
11. Als „sozial“ gilt die paritätische Finanzierung der Sozialversicherungen durch Arbeitnehmer und Arbeitgeber – als „neoliberal“ hingegen die Finanzierung der Sicherungssysteme aus dem Steueraufkommen. Was hier als „sozial“ gilt, bürdet Unternehmen Verantwortung für etwas auf, das vom Gemeinwesen bereitzustellen ist. Zugleich nährt es die Illusion, dass dort, wo Parität draufsteht, auch Parität drin ist.
12. „Neoliberal“ kann heißen, die allgemeine Schulpflicht abzuschaffen, wie es Milton Friedman gefordert hat. Manche setzen die Abschaffung der Schulpflicht damit gleich, Bildungsaufstiege derer zu verhindern, die kein Elternhaus haben, das Bildung fördert. Die Abschaffung der allgemeinen Schulpflicht kann aber auch als Voraussetzung dafür verstanden werden, dass Bildung und Bildungsprozesse überhaupt erst möglich werden, dass Schüler nicht mehr als zu disziplinierende sondern zuerst als neugierige Menschen wahrgenommen werden.
13. „Sozial“ kann heißen, dass ein jeder das Recht haben soll, ein Studium aufzunehmen, ganz gleich, ob er die dafür unerlässliche Neugierde mitbringt. „Sozial“ kann auch heißen, dem Zweck einer Einrichtung gemäß, z.B. der Universität, Studenten danach auszuwählen, ob sie die Voraussetzungen mitbringen. Wenn der Slogan „Bildung für alle“ als sozial gilt, dann fördert ein Zugang zum Universitätsstudium für jeden die Abschaffung der Universität als Ort der Wissenschaft.
14. Verschiedene kursierende „Modelle“ des Grundeinkommens<sup>2</sup> werden daran gemessen, ob sie bestimmte Kriterien eines BGE genügen. Entsprechend werden sie klassifiziert als „sozial, liberal“ oder „neoliberal“. Gemessen werden sie aber nicht an dem Beitrag, den sie zur Förderung der öffentlichen Auseinandersetzung leisten. „Modelle“ werden dabei mit politischer Wirklichkeit gleichgesetzt, das fördert nicht, es behindert die Debatte vielmehr.

---

<sup>2</sup> Bei einigen handelt es sich nicht um ein BGE in unserem –der Initiative Freiheit statt Vollbeschäftigung - Sinne, z.B. all jene, die das Grundeinkommen als Steuergutschrift betrachten, wie es alle Finanzierungsmodell tun, die auf einer Negativen Einkommensteuer basieren. Vgl. unseren Blogbeitrag:

[http://www.freiheitstattvollbeschaeftigung.de/blog/2007/10/bedingungsloses-grundeinkommen-versus\\_29.htm](http://www.freiheitstattvollbeschaeftigung.de/blog/2007/10/bedingungsloses-grundeinkommen-versus_29.htm)